Stand: 30.08.2025 02:12:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/291

"Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/291 vom 07.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1483 des BI vom 14.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1626 vom 10.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.02.2019 **Drucksache 18/291**

Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD**

Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Medienkompetenz an den bayerischen Schulen systematisch zu vermitteln und dabei klar definierte Kompetenzen festzulegen, die bestimmten Klassenstufen und Unterrichtsfächern zugeordnet werden.

Begründung:

Das Feld der Medienkompetenz und damit auch der digitalen Kompetenz ist weit. Aufgrund der gesellschaftlichen Realität haben sich Bayerns engagierte Lehrkräfte vielfältige pädagogische Konzepte überlegt und praktizieren sie auch. Das führt zum einen dazu, dass aktuell an unseren Schulen bereits viel Medienkompetenz vermittelt wird, aber auch dazu, dass es keine einheitlichen Standards und klar definierte Kompetenzen gibt, die die bayerischen Schülerinnen und Schüler zu bestimmten Zeitpunkten erworben haben sollen. Es ist an der Zeit, dass hier eine Systematik Einkehr hält.

In diesem Sinne muss Medienbildung in der Schule „einerseits selbst qualitativen Standards entsprechen, andererseits ist sie aber auch ein Merkmal und Bestandteil der Qualität von Schule und Unterricht“ (Kultusministerkonferenz – KMK 2012, S. 8). Nach Maßgabe der KMK soll sie „daher als Bestandteil von Qualitätsentwicklung auch im Rahmen der Beratung, Begleitung und Unterstützung der Schulen, der internen und externen Evaluation und Qualitätssicherung berücksichtigt werden. Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob die einzelne Schule ein Medienbildungskonzept umsetzt“ (ebd., S. 9). Im Rahmen der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung sollen Schulen in Bayern verpflichtet werden, ein eigenes Konzept zum Kompetenzerwerb in der Medienbildung zu erarbeiten. Im Sinne der Schulqualität ist dabei der Erwerb überfachlicher Medienkompetenz in gleichem Maße wie der Erwerb fachlicher Kompetenzen zu ermöglichen. Die Kompetenzentwicklung ist hinsichtlich der Gewährleistung kompetenzorientierter Aufgaben (z. B. Variation von Aufgaben und multiple Lösungswege, Realitätsbezüge) näher zu spezifizieren. Wichtigster Ziel-Indikator für die kompetenzorientierte Unterrichtsqualität ist letztlich, dass die Schülerinnen und Schüler im Unterricht selbstständig mit Medien arbeiten können. Eng verknüpft mit der Entwicklung schulischer Konzepte zum Kompetenzerwerb ist die Frage nach den Kompetenzen der Lehrkräfte selbst, die zunächst im Rahmen eines schuleigenen Fortbildungskonzepts entwickelt werden sollen. Ergebnis der Konkretisierung der schuleigenen Profilbildung durch das Fortbildungs- und Medienbildungskonzept ist die Evaluation und Ermittlung der Arbeits- und Nutzungsbedürfnisse für die medientechnische Ausstattung und den technischen Support. Ergänzend zu den schuleigenen Medienbildungs- und medienbezogenen Fortbildungskonzepten können in Abstimmung mit den Schulträgern dann Medienentwicklungspläne festgelegt werden (vgl. KMK 2012, S. 7f). Diese Ausstattungs- und Beschaffungsplanung ist insbesondere für die Nachhaltigkeit von Investitionen der Kommunen unerlässlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Bestandteile der Medienkompetenz bayerischer Schülerinnen und Schüler sollen dabei Medienwissen, Medienbewertung und Medienhandel sein. Für den schulischen Kontext eignet sich eine Gliederung in die Kompetenzbereiche „Bedienen – Anwenden“, „Informieren – Recherchieren“, „Kommunizieren – Kooperieren“, „Produzieren – Präsentieren“ und „Analysieren – Reflektieren“.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.03.2019 **Drucksache** 18/**1483**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 18/**291**

Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Gerhard Waschler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 14. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.04.2019 **Drucksache** 18/**1626**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD**
Drs. 18/**291**, 18/**1483**

Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

   1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
   2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
   3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

   PII/G-1310.19-0003
   Drs. 18/1541 (ENTH)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

   II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.

   III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

IV. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ENTH	ENTH

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. März 2019 (Vf. 2-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Festsetzungen 1 bis 11 der Gestaltungssatzung für den Markt Oberstdorf

PII-G1310.19-0001
Drs. 18/1488 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. März 2019 (Vf. 3-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung „Kronacker“ der Gemeinde Hohenlinden vom 3. Juli 2018

PII-G1310.19-0002
Drs. 18/1489 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Ausbau von Gaskraftwerken in Bayern
Drs. 18/273, 18/1491 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u. a. SPD
Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln
Drs. 18/291, 18/1483 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD
Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?
Drs. 18/320, 18/1544 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhindernisse für vermietete Werkswohnungen abbauen
Drs. 18/343, 18/1487 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig u. a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprachtests für Mediziner evaluieren
Drs. 18/362, 18/1485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln
Drs. 18/381, 18/1484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen, Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr in der Region Regensburg
Drs. 18/446, 18/1546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	ENTH	A

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mietpreisbremse endlich rechtssicher machen!
Drs. 18/452, 18/1301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München
Drs. 18/456, 18/933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z